

AFGHANISTAN

## 1500 deutsche Soldaten mehr?

Von Thomas Kröter, 22.01.10, 17:48h, aktualisiert 22.01.10, 20:06h

**Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg will offenbar das Kontingent deutscher Soldaten in Afghanistan um 1500 Mann aufstocken. Die SPD fordert dagegen mehr Einsatz für die Ausbildung der afghanischen Armee und der Polizei.**



Das Kontingent deutscher Soldaten in Afghanistan wird offenbar aufgestockt. (Bild: dpa)

BERLIN - Eine Zahl geht um in Berlin: 1500. Um so viele Soldaten will Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg das deutsche Kontingent in Afghanistan angeblich aufstocken. 6000 statt 4500. Der CSU-Politiker griff am Freitag tief in die Dementikiste. „Entbehrt jeder Grundlage“, ließ er einen uniformierten Ministerialsprecher verkünden.

Aber so leicht ist das Gespenst nicht auszutreiben. Denn nicht nur eine, nein, zwei drei viele Quellen, die allesamt anonym bleiben wollen, behaupten: Stimmt. Jedenfalls sei das die Zahl, die militärisch notwendig wäre. Rainer Stinner mag sich an der Geisterbeschwörung nicht beteiligen. „Erst müssen wir uns über die Ziele verständigen, dann über die Strategie und als letztes kommen die Mittel, also die Zahl der Soldaten“, sagt der Verteidigungsexperte der FDP-Fraktion dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Braver Mann, denn das ist die Linie, für die sich sein Parteichef und Außenminister Guido Westerwelle in der Regierung stark gemacht hat.

Deshalb gibt es am Donnerstag in London die Afghanistan-Konferenz, wo Ziele, Strategien und so weiter festgelegt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die nicht zu dem Treffen fahren wird, und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy haben sich schon abgestimmt, heißt es. Erst nach London soll wieder über Geister- und andere Zahlen gesprochen werden. Jedenfalls öffentlich. Diskret wird bereits vorher verhandelt. Etwa unter den Teilnehmern der Londoner Konferenz. Was in London heraus kommt, das ziehen die Diplomaten vorher glatt. Wie sollte es anders sein. Nach der Eröffnung durch den britischen Premier Gordon Brown wird es eine 90-minütige Debatte geben. Das war's.

Vorher wird auch in Berlin geredet. Angela Merkel gibt am Mittwoch eine Regierungserklärung zur Afghanistanpolitik ab - nachdem sie am Montag Präsident Hamid Karsai aus Kabul empfangen hat. Nachdem sie mit Außen- und Verteidigungs-, Innen- und Entwicklungsminister gesprochen hat. Nachdem die Chefs der Bundestagsfraktionen bei ihr zu Gast waren. Und bei diesen ganzen Gesprächen soll von Ziel und Strategie, nicht aber von Soldaten die Rede sein?

**Der Afghanistan-Einsatz soll kein Wahlkampf-Thema sein**

Selbstverständlich ist von den „Mitteln“ auch in den einschlägigen Planungsstäben des Verteidigungsministerium die Rede: Aufgabe und Mittel, der Zusammenhang ist deren täglich Brot. Das gibt sogar der brave Rainer Stinner zu: „Es ist die Aufgabe des Verteidigungsministeriums, für jeden Eventualfall Planungen vorzuhalten - Reduzierung, Beibehalten, Erhöhung.“ Aber was denn werde, entschieden nicht Soldaten, sondern die Politik.

Bislang haben das die Bundestagsparteien (außer der Linken) stets gemeinsam getan. Nun scheint die SPD dabei, sich aus dem Konsens der informellen Afghanistan-Koalition zu verabschieden. Das macht die Spitzen der Regierungskoalition besorgt. Der Krieg, pardon: kriegsähnlicher Zustand, soll kein Wahlkampfthema werden. Deshalb hat Angela Merkel in aller Diskretion mit den Obersozis gesprochen. Deshalb gibt sich Guido Westerwelle hartleibig bezüglich zusätzlicher Soldaten. Deshalb sind die 1500 ein ziemlich großes Schreckgespenst - auch wenn es sich gegen 30 000 zusätzliche US-Soldaten ziemlich mickrig ausnimmt. Wieso übrigens 1500? Ein Teil wäre Ausgleich eines Defizits, das die aktuelle Obergrenze von 4500 offen lässt, raunen die einschlägigen Experten aus Regierungskreisen und Parlament. Dazu mehr Ausbilder für die afghanische Armee. Dazu die deutschen Besatzungen für die Awacs-Flugzeuge der Nato, die demnächst angeblich doch über dem Hindukusch kreisen sollen. Plus eine Reserve - damit das Kontingent nicht bald schon wieder an seine Grenzen stößt.

Wenn die Politiker sich über die Zahlen den Planer beugen, könnte es sein, dass ihnen ein geschrumpftes Gespenst nicht mehr ganz so Furcht erregend erscheint - etwas weniger als 1000 Soldaten plus zum Beispiel. Und das Kontingent für Awacs ist ja im Grunde nicht zusätzlich. Denn es war schon mal genehmigt, kam aber noch nicht zum Zuge - weil Aserbaidschan und Turkmenistan die Überfluggenehmigung verweigern, musste die Nato den geplanten Einsatz von Awacs-Radarflugzeugen zur Kontrolle des afghanischen Luftraums im November aufgeben.

Ihnen wird schon was einfallen.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1264169083643>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.